



ANFORDERUNGEN AN DIENSTKLEIDUNG

Qualität und Funktionalität im Fokus

Mit der Erhöhung des Bekleidungsbudgets im LZN-Webshop wurde eine langjährige Forderung der GdP Niedersachsen erfüllt. „Stoff“ für Diskussionen liefert das Thema Dienstkleidung jedoch weiterhin. Grund genug, sich mit Thomas Prange und Thomas Wolff zu treffen. Sie sind im Innenministerium für Führungs- und Einsatzmittel und somit auch für die Dienstkleidung zuständig.

Philipp Mantke
Landesredakteur

DEUTSCHE POLIZEI: Die Forderungen nach einer Erhöhung des jährlichen Budgets im LZN bestanden schon lange, denn gefühlt sind die Artikel im Webshop ganz schön teuer geworden. Täuscht der Eindruck?

Thomas Prange: Es ist richtig, dass wir vordergründig eine wesentliche Preissteigerung im LZN bei der Bekleidung zu verzeichnen haben. Warum diese Preissteigerung vorhanden ist, muss allerdings differenziert betrachtet werden.

Seit etwas mehr als zehn Jahren haben wir einen Paradigmenwechsel bei der Gestaltung und Beschaffung der Dienstbekleidung vorgenommen. Vorher war Dienstbekleidung tatsächlich nur die optische Ausgestaltung behördlichen Handelns. Polizei

musste als Polizei erkennbar sein. Funktionale Eigenschaften sowie die Qualität wurden bei der Beschaffung fast durchgängig außen vor gelassen. Das Hauptaugenmerk lag auf dem Kauf möglichst preisgünstiger Produkte.

Heute sind wir so weit, dass wir in Workshops Bedarfe ermitteln und die Anwendenden ob der Bedarfe direkt fragen. Kleidung soll funktional und gendergerecht gestaltet sein, die alltägliche Arbeit unterstützen, kompatibel mit den vorhandenen FEM sein, bekleidungsphysiologische Eigenschaften besitzen – das heißt zum Beispiel, dass eine Winterjacke im Winter auch wärmen soll – und zu guter Letzt auch qualitativ hochwertig sein. Zudem spielen die Faktoren der nachhaltigen Produktion sowie dem modernen äußeren Erscheinungsbild auch eine zunehmend wichtigere Rolle.

Es geht somit nicht mehr darum, günstig einzukaufen, sondern anforderungsgerecht. Und dies hat selbstverständlich seinen Preis. Andere Materialien und Qualitäten sind von sich aus eben teurer. Die Bekleidung von vor zehn Jahren ist mit der heutigen nicht mehr ansatzweise vergleichbar.

DP: Aber die Preise der Hersteller werden doch über die letzten Jahre trotzdem generell gestiegen sein?

Prange: Die Preise der Hersteller sind in den letzten Jahren auch per se gestiegen. Die Coronapandemie sowie der Russland-Ukraine-Krieg haben dazu geführt, dass eine deutliche Knappheit an Grundstoffen am Markt vorhanden ist, Lieferwege zusammengebrochen sind, Transportwege sich immens verteuert haben und Fertigungsstätten komplett weggebrochen sind. Zudem haben einige Firmen die schwere Zeit wirtschaftlich nicht überstanden und mussten schließen. Weniger Hersteller bedeutet mehr Monopole – und die Hersteller bestimmen den Preis!

Da hilft uns immer noch der Bekleidungsverbund mit den anderen Bundesländern, denn Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Niedersachsen und Thüringen nutzen gemeinsam das Angebot des LZN. Aufgrund der insgesamt höheren Beschaffungsmenge können wir gemeinsam vom Preisvorteil profitieren. Allerdings ist es leider in einigen Bereichen so, dass wir als Polizei froh sein müssen, überhaupt ein Angebot der Hersteller zu bekommen. Wir sind als Polizei am Markt leider nicht so attraktiv, wie viele glauben.

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de



Thomas Prange (43) ist GdP-Mitglied und bereits seit 2008 im Innenministerium für FEM zuständig.

Thomas Wolff (44) ist GdP-Mitglied und seit Mai 2023 Referent im MI. Zuvor war er Leiter des PK Hannover-Limmer sowie Leiter des Dezernats 14 der PD Hannover.



Fotos: Philipp Mantke (5)

DP: Und wie setzt sich der Preis im Webshop zusammen?

Prange: Zu Einkaufspreisen des LZN kommen noch die Mehrwertsteuer und der sogenannte Gemeinkostenzuschlag (GKZ) des LZN. Der GKZ deckt die Kosten des LZN für die Durchführung der Vergabeverfahren, den Betrieb des Webshops nebst Bestellprozess, die Logistik, die Lagerung und die Verwaltung.

DP: Wird es damit nicht teurer als auf dem freien Markt, also zum Beispiel bei Zalando?

Prange: Gängige Onlineanbieter müssen sich auch nicht an Richtlinien halten, die für uns entweder zwingend vorgegeben oder selbstverständlich sind. Wenn wir einen Zuschlag zur Produktion erteilen, dann holen wir zum Beispiel Nachweise zum Ausschluss von Kinderarbeit oder Zahlung des im Herstellerland vorgeschriebenen Mindestlohns ein. Und auch die Umweltzertifikate, die wir verlangen, spielen bei vielen Bekleidungshops keine Rolle. Trotzdem können wir mit den Preisen am Ende mithalten!

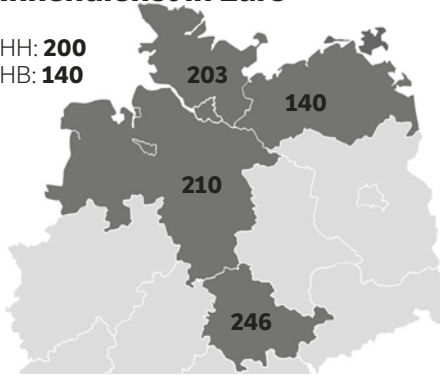
DP: Kommen wir zur neuen Sportbekleidung. Hier gab es zuletzt einen deutlichen Preissprung ...

Prange: ... und einen Sprung in Sachen Qualität! Die bisherige Sportkleidung war vor allem billig und nicht ansatzweise funktional! Wir wollten bedarfsgerechte Artikel für Hallen- und Laufsport. Bei der Auswahl hat uns wieder einmal die Einbindung der Kolleginnen und Kollegen sehr geholfen, wie wir es seit einigen Jahren mit unseren FEM-Workshops machen. So konnten wir die Bedarfe erkennen und ausgehend davon einen Rahmenvertrag über eine gesamte Sportkollektion abschließen.

Thomas Wolff: Dabei gab es übrigens auch die Überlegung, die Kleidungsstücke zum Beispiel mit einem Polizeistern individueller zu gestalten. Wir haben uns aber dagegen entschieden, weil die Artikel auch privat genutzt werden. Dabei war uns die Wirkung wichtig. Es würde durch das Tragen eines auf die Polizei zurückzuführenden Kleidungsstückes eine Erwartungshaltung entstehen.

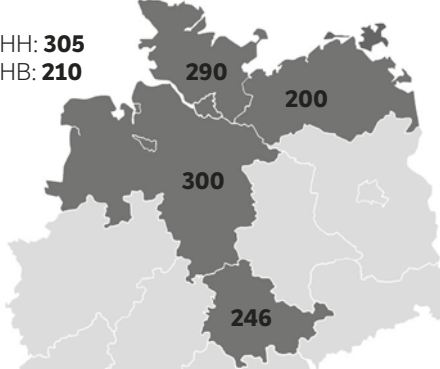
Jährliches LZN-Budget Innendienst in Euro

HH: 200
HB: 140



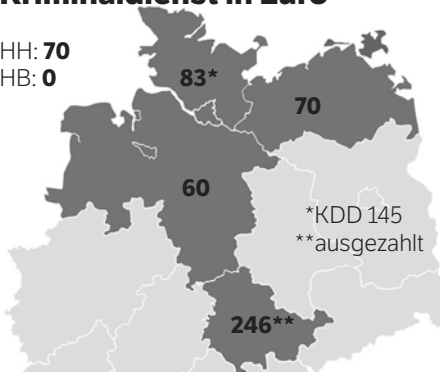
Jährliches LZN-Budget Außendienst in Euro

HH: 305
HB: 210



Jährliches LZN-Budget Kriminaldienst in Euro

HH: 70
HB: 0



Stand: Mai 2023, Quelle: Landesgeschäftsstellen der GdP/Erlasse der Ministerien.

Außerdem möchte vielleicht nicht jede und jeder privat als Polizist erkennbar sein.

DP: Könnte man den Kolleginnen und Kollegen das Geld für individuelle Artikel wie den Laufschuh denn alternativ einfach erstatten?

Wolff: Der Nachweis und die Verrechnung würde einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten, außerdem werden dann die von unserer Dienstkleidung geforderten Standards nicht unbedingt eingehalten.

DP: Warum stellt man neu eingeführte Artikel, wie die Außentraghülle oder die Funktionsjacke nicht allen Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung?

Wolff: Wie schon in den vergangenen Jahren erfolgt die Einführung solcher neuen Artikel sukzessive. Eine zentrale Finanzierung kann aufgrund der verfügbaren Haushaltsmittel nicht erfolgen. Um eine Einführung trotzdem vornehmen zu können, müssen wir dies schrittweise tun. Letztlich müsste zentrales Geld aus dem Polizeihausalt erwirtschaftet werden und würde an anderer wichtiger Stelle fehlen.

Prange: Für alle, die jetzt neu in die Polizei kommen, gehört stattdessen die neue Funktionsjacke zur Grundausrüstung, die sie mit Beginn des Studiums erhalten.

DP: Für alle anderen kostet die Beschaffung der Funktionsjacke aber über 400 Euro.

Prange: Das stimmt. Ich komme noch einmal auf die Steigerung bei der Qualität zu sprechen: Die Funktionsjacke ist die beste Jacke, die wir bei der Polizei Niedersachsen jemals hatten! Das spiegelt sich dann im Preis wider. Und die Kosten-Nutzen-Relation ist damit auch gegeben.

DP: Abschließend noch eine Frage zu den Lieferzeiten: Welche Rolle spielen hier die Folgen von Corona und des russischen Angriffskrieges?

Prange: Wie schon oben erwähnt, hat beides zu großen Problemen geführt! Aufgrund von Firmenschließungen im Rahmen von Corona gab es Stoffe, die global nicht mehr verfügbar waren. Mit dem Krieg sind dann weitere Lieferketten zusammengebrochen. Bei der Einsatzkombi stammten zum Beispiel die Stoffe aus China, die Verarbeitung fand in Firmen in der Ukraine statt. Doch auch die Handelsbeschränkungen gegen



Der Lederblouson (rechts) wird in der Grundausstattung der Polizei Niedersachsen zukünftig durch die neue Funktionsjacke ersetzt.

Fotos: LZN/webshop



Russland haben ihre Auswirkungen auf die Lieferzeit. Vor einigen Jahren konnten Containerschiffe am Hamburger Hafen innerhalb eines Tages entladen werden. Da einige Lagerplätze jedoch mit russischen Containern belegt sind, dauert das Entladen nun teilweise bis zu drei Wochen. Ein Umstand, der sich auf Lieferzeiten und Preise niederschlägt.

Wir versuchen aber gemeinsam alles, um die Lieferzeiten so gering wie möglich zu halten. Dafür sind wir im engen Austausch mit dem LZN. Vielfach sind wir leider fremdbestimmt, was das angeht. Es ist auch wirklich vielfach schwer zu vermitteln, dass ein Online-Premiumdienst 24 Stunden für eine Lieferung braucht und das LZN Wochen oder gar Monate. Das Backend ist aber

ein komplett anderes und die Rahmenbedingungen sowie die Lieferprozesse sind nicht ansatzweise vergleichbar. Das LZN bemüht sich wirklich sehr, lieferfähig zu sein und die Bestellungen „as soon as possible“ ausliefern zu können.

DP: Vielen Dank euch beiden für eure Zeit und das informative Gespräch!

KOMMENTAR

Auf dem richtigen Weg, aber noch nicht am Ziel

Sebastian Timke

Stellv. Landesvorsitzender

Die FEM-Workshops des Innenministeriums tragen weitere Früchte: Mit der Funktionsjacke wird erneut ein Kleidungsstück eingeführt, welches zuvor ausgiebig erprobt und auf die Bedarfe der Kolleginnen und Kollegen angepasst wurde. Ebenso wie bei der Außentragehülle stellt der Preis jedoch einen Wermutstropfen dar. Umso wichtiger ist, dass Niedersachsen mit

der Erhöhung des Bekleidungsgeldes im Vergleich einen der vorderen Plätze einnimmt.

Wenn die Politik möchte, dass ihre Polizei nicht nur moderne Kleidung im Webshop vorhält, sondern auch an der Frau und am Mann trägt, dann bedarf es auch entsprechender Finanzierung im Polizeihaushalt und zusätzlicher Gelder. Dass Bekleidungs-

gelderhöhungen oder Neueinführungen von Dienstkleidung zulasten der Budgets der Polizeidirektionen gehen, halten wir für inakzeptabel. Es ist daher ein gutes Zeichen, dass die Erhöhung des Bekleidungsgeldes zum letzten Jahreswechsel aus Haushaltsmitteln finanziert wurde.

Bei allem Verständnis für Lieferengpässe ist dies zum Beispiel für Kolleg:innen, deren Einsatzanzug im Ahrtaleinsatz beschädigt wurde und die über ein Jahr auf Ersatz warteten, kein Trost. Hier erwarten wir vom MI und LZN noch weitere Verbesserungen. ■

ERFOLG GEWERKSCHAFTLICHER ARBEIT

Erhöhung der Polizeizulage zum 1. Juli 2023

Und plötzlich ging's ganz schnell ... Nach jahrelangen intensiven gewerkschaftlichen Bemühungen konnte die GdP zum 1. Juli endlich eine erste Erhöhung der Polizeizulage erreichen. Seit diesem Monat steigt die Zulage um über 40 Prozent auf 180 Euro. Möglich macht dies die Entscheidung der Landesregierung, die Erhöhung im Rahmen des zweiten Nachtrags in den aktuellen Haushalt aufzunehmen. Der Schritt war von der GdP vehement gefordert und mit stichhaltigen Argumenten immer wieder in die Diskussion gebracht worden – auch dann noch, als viele andere die Erhöhung in diesem Jahr bereits aus-

geschlossen hatten. Die Anhebung auf 180 Euro darf aus Sicht der GdP allerdings nur ein erster Schritt sein. Das Ziel für die laufende Legislaturperiode ist eine Erhöhung mindestens auf das Niveau der Bundespolizei (228 Euro) sowie die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage, um auch den Pensionärinnen und Pensionären die Anerkennung zukommen zu lassen, die ihnen zusteht. Außerdem bedarf mit Blick auf die gestiegene Inflation und in Relation zur Polizeizulage auch die Sicherheitszulage für die Beschäftigten des Verfassungsschutzes einer Erhöhung. ■



GRUNDGESETZ. UNSERE VERANTWORTUNG!

Querdenken? Straight reagieren!

„Querdenken? Straight reagieren!“ Unter diesem Titel hat am 30. und 31. Mai 2023 zum ersten Mal eine Seminarreihe der JUNGEN GRUPPE (GdP) Niedersachsen, in Kooperation mit der Bildungsvereinigung „Arbeit und Leben Niedersachsen“, in Hannover stattgefunden.

Niklas Hermann

Bundesjugendkassierer

Foto: JUNGE GRUPPE (GdP)



Beim Seminar „Querdenken? Straight reagieren!“ wurden die Teilnehmenden unter anderem im Umgang mit Fake News geschult.

Zwar sind die Demonstrationen und Einsatzlagen im Zusammenhang mit Coronaschutzmaßnahmen aktuell kein Thema mehr, doch gemeinsam mit den Referent:innen von „Arbeit und Leben“ stellten wir schon am ersten Tag schnell fest, dass uns die Problematik rund ums „Querdenken“ nicht so schnell verlassen wird. Ob bei Kundgebungen gegen die (militärische) Unterstützung der Ukraine oder Demonstrationen,

die die Sorgen im Zusammenhang mit der Energiekrise für sich auszunutzen versuchen: Überall gibt es Verbindungen, die in die rechte Szene gehen und am Ende zu meist den Antisemitismus gemein haben.

Am zweiten Tag führten wir die Diskussion fort, unterstützt durch die Expertise von RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus e. V.) und der Organisation „Der goldene Aluhut“, die uns zeigten, wie

codiert und perfide der Antisemitismus zum Teil ist. Auch den Umgang mit Fake News, wie wir sie erkennen und wie wir sie entlarven, lernten wir und wir wurden zur Selbstreflexion animiert. Zudem konnten wir uns gemeinsam über vergangene Einsätze austauschen und gegenseitig unsere Erfahrungen teilen.

So war auch interessant zu erfahren, wie chiffrierte Zeichen, Schriftzüge oder auch ganze Bilder einen antisemitischen Hintergrund haben. Viele Chiffrierungen kann man ohne Hintergrundwissen nicht erkennen, uns allen sind sie aber schon in Einsätzen aufgefallen.

Das Seminar war der Auftakt zu einer Seminarreihe, die nicht nur einmalig stattfinden soll. Deswegen legten wir am Ende der beiden Tage auch großen Wert auf ein ausgiebiges Feedback, um das Seminar noch zu verbessern. An dieser Stelle noch mal ein herzliches Dankeschön an die Teilnehmenden für die offenen und konstruktiven Rückmeldungen.

Wir ziehen ein positives Fazit der Tage und freuen uns auf die nächsten Seminare. Ein großer Dank an den Bundesjugendvorstand und die Kampagne „Grundgesetz. Unsere Verantwortung!“, die in vielen Schritten tatkräftig unterstützen und ohne die der Aufbau dieses Seminars nicht möglich gewesen wäre. Ebenso danken wir „Arbeit und Leben Niedersachsen“ mit Geschäftsführer Maxi Schmidt, die den Großteil der operativen Arbeit rund um das Seminar übernommen und unsere inhaltlichen Ideen wunderbar in das Seminarprogramm gegossen haben.

Letztlich bleibt zu sagen: Das Grundgesetz ist unsere Verantwortung, der Eid ist unsere DNA! ■



JUNGE GRUPPE (GdP)

Nordverbundtreffen der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Hannover

Nachdem der Termin aufgrund der Coronapandemie immer wieder verschoben werden musste, war es nun endlich so weit: Am 27. und 28. April hat das Treffen des „Nordverbundes“ der JUNGEN GRUPPE (GdP) in den Räumlichkeiten der GdP-Geschäftsstelle in Hannover stattgefunden.

Peter Lambers

Landesjugendvorstand

Der „Nordverbund“ ist ein Zusammenschluss der JUNGEN GRUPPE aus den Landesbezirken Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Der Verbund soll eine Plattform sein zum Austausch zwischen den Landesbezirken und eine ‚Ideenschmiede‘ zur Stärkung der JUNGEN GRUPPE.

Die Freude über das Wiedersehen war groß und auch einige neue Gesichter bereicherten die Runde.

Nachdem die einzelnen Länder zunächst über die neuesten Entwicklungen berichtet hatten, war bereits deutlich, dass es viel zu besprechen geben sollte.

Zunächst aber ließ es sich unser Landesvorsitzender Kevin Komolka nicht nehmen, die Teilnehmenden zu begrüßen und mit der JUNGEN GRUPPE ins Gespräch zu kommen.

Anschließend ging es ans Eingemachte: Eine Vielzahl an Themen wurde besprochen, Probleme diskutiert und Ideen gesammelt. Wie ein „roter Faden“ zogen sich gleich mehrere Fragestellungen durch die zu besprechenden Tagesordnungspunkte: Wie kann den jungen Kolleginnen und Kollegen der Mehrwert von Gewerkschaftsarbeit vermittelt werden? Wie macht man das Ehrenamt wieder attraktiv? Wie erreichen wir den Nachwuchs? – Es wurde deutlich, dass das Verständnis über die Bedürfnis-



Foto: Peter Lambers

Die Teilnehmenden des Nordverbundtreffens vor dem Eingang der Geschäftsstelle.

se und Prägungen der Generationen, insbesondere der „Generation Z“, ein wichtiger Faktor ist, um diese Fragestellungen grundlegend angehen zu können.

Die Gespräche wurden bei einem gemeinsamen Abendessen in der Innenstadt fortgesetzt. Im Anschluss ging es zu „Schlag dein Team“, wo die Truppe bunt gemischt wurde und sich bei der Bewältigung verschiedenster Aufgaben noch einmal auf andere Weise kennenlernen konnte.

Am Folgetag stand dann unter anderem das Thema „Social Media“ auf der Agenda. Den Abschluss bildete ein spannender Vortrag von Stephen Köppe, der per Video in

die Geschäftsstelle zugeschaltet wurde. Er referierte, anknüpfend an die Inhalte des Vortages, zum Thema „Generationen“ und konnte so noch einmal wichtige Erkenntnisse für die weitere Arbeit des Nordverbundes liefern.

Die Nordverbundler waren sich einig, dass dieses Treffen längst überfällig war und die Vorfreude auf das nächste Zusammentreffen ist bereits groß – bis dahin geht der Austausch natürlich weiter, denn es wurde ebenso besprochen, wie man sich zwischen den Ländern noch besser vernetzen kann, um stetig Erfahrungen und Informationen miteinander zu teilen. ■



FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Nach EuGH-Urteil: Quo vadis, Vorratsdatenspeicherung?

Die andauernde Kontroverse um die Vorratsdatenspeicherung und die damit verbundene Personalisierbarkeit von IP-Adressen beschäftigt auch den FA Kripo der GdP Niedersachsen. Aktuellen Anlass dazu gibt das im September 2022 veröffentlichte Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zur Vorratsdatenspeicherung, das derzeit bei der Gestaltung der nationalen Gesetzgebung eine wesentliche Rolle spielt.



Nils Padeken

Fachausschuss Kriminalpolizei, BG Oldenburg

Um die Gesetzgebung zu unterstützen, hat der FA Kripo entschieden, sich näher mit dieser speziellen Thematik zu beschäftigen und Anforderungen für eine praxistaugliche gesetzliche Regelung in einem Positionspapier zu formulieren. In einem Online-Vortrag stellte Oberstaatsanwalt Carsten Rosengarten von der Generalstaatsanwaltschaft Celle am 11. Mai 2023 aus juristischer Perspektive die Entwicklung der nationalen Gesetzgebung dar und gab den Teilnehmenden einen Ausblick in die Zukunft.

Der FA Kripo der GdP Niedersachsen hat sich aufgrund der Wichtigkeit des Themas entschieden, bundesweit allen interessierten GdP-Mitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen, was trotz des speziellen Themas eine erfreulich hohe Resonanz bewirkte, so dass etwa 50 interessierte Kolleginnen und Kollegen teilnahmen.

Deutlich wurde in dem Vortrag, dass eine praxistaugliche nationale Regelung zur Vorratsdatenspeicherung von entscheidender Bedeutung ist, wenn die Ermittlungsbehörden in der Lage sein sollen, erfolgreiche Ermittlungsverfahren zu führen. IP-Adressen fallen heute bei jeder Art von digitaler Kommunikation an und bieten den Ermitt-

lungsbehörden darum einen wesentlichen Ermittlungsansatz. Entscheidend dafür ist allerdings, dass IP-Adressen rückwirkend (retrograd) personalisiert werden können. Dafür ist es notwendig, dass auch die zu den IP-Adressen gehörenden Portnummern gespeichert und zugänglich gemacht werden. Andernfalls, so verdeutlichte Rosengarten in seinem Vortrag, hätte dies den Effekt, als ob bei der Überwachung eines Stadtteils zwar die Straßennamen gespeichert würden, in denen sich strafrechtlich relevante Vorfälle ereignen, nicht aber die dazugehörenden Hausnummern. Provider nutzen technische Möglichkeiten, um mehreren Nutzern gleichzeitig eine IP-Adresse zuzuweisen. Eine Personalisierung funktioniert jedoch häufig nur im Zusammenspiel mit der Portnummer.

Derzeit ist geplant, dass eine Vorratsdatenspeicherung ohne Verwendungszweck nur in Fällen einer schweren, räumlich und zeitlich zu begrenzenden Gefahr für die öffentliche bzw. nationale Sicherheit (z. B. Terrorlagen) möglich sein soll. Unabhängig von den Überlegungen zur gesetzlich verpflichtenden Vorratsdatenspeicherung ist den Providern bereits heute die Möglichkeit eingeräumt, Vorratsdaten für eigene Zwe-

cke (z. B. Rechnungslegung) für maximal sieben Tage zu speichern. Eine gesetzliche Verpflichtung dazu existiert aber nicht und daher wird diese Frist auch in unterschiedlichem Umfang genutzt. Liegen die Daten bei dem Provider vor, können die Ermittlungsbehörden im Bedarfsfall darauf zugreifen.

Diese Möglichkeit der Datenerlangung durch Ermittlungsbehörden, die auf der zufälligen Verfügbarkeit je nach Provider beruht, ist seit Jahren gängige Praxis, entspricht jedoch eindeutig nicht dem Anspruch der Ermittlerinnen und Ermittler. Der EuGH hat ausdrücklich entschieden, dass „Quell-IP-Adressen“ zumindest bei schweren Straftaten sowie Gefahren für die öffentliche Sicherheit gespeichert und beauskunftet werden können (erweiterte Bestandsdatenauskunft). Darum fordert die GdP eine nationale gesetzliche Grundlage in Übereinstimmung mit EU-Recht, welche grundsätzlich die in die Vergangenheit gerichtete Personalisierbarkeit von IP-Adressen ermöglicht.

Laut EuGH-Urteil soll die dafür notwendige Speicherfrist nicht unnötig lang, aber so gestaltet sein, dass Ermittlungen erfolgreich geführt werden können. Der FA Kripo plädiert dafür, diesen Zeitraum anhand von Erfahrungen aus der Praxis festzulegen, welche durch konkrete Beispiele aus der Ermittlungspraxis erhoben werden. Als wenig sinnvoll werden die von der Bundesregierung derzeit geplanten Ansätze zur Gestaltung der durch das Urteil des EuGH eröffneten Möglichkeiten zum sogenannten „Quick-Freeze“ bewertet, bei dem vorliegende Verkehrsdaten in bestimmten Fällen bei den Providern „eingefroren“ und dadurch zwar längerfristig verfügbar werden, aber keinen Blick in einen sinnvollen Zeitraum in der Vergangenheit zulassen.

Der Vortrag des Oberstaatsanwalts Rosengarten hat einen wichtigen Beitrag für das Ziel des FA Kripo der GdP Niedersachsen geleistet, ein möglichst konkretes, objektives und faktenbasiertes Positionspapier zu formulieren, mit dem die Argumente der GdP beim anstehenden Gesetzgebungsprozess für eine rechtssichere und praxistaugliche Lösung beitragen. Andernfalls droht neben fortschreitendem Verdross bei den Ermittlerinnen und Ermittlern ein schmerzlicher Vertrauens- und Ansehensverlust der Polizei in der Bevölkerung. ■

LAST MINUTE IDEEN FÜR DEN AUGUST



TÜRKEI

TUI MAGIC LIFE MASMAVI

MALLORCA



HM GRAN FIESTA

RHODOS



**MIT SIS FALIRAKI BEACH
HOTEL&SPA**

RÜGEN



HOTEL VIER JAHRESZEITEN BINZ

BALI



NUSA DUA BEACH&SPA



GdP Touristik
Berckhusenstr. 133a
30625 Hannover
0511/530380
0511/5303850
service@gdp-service.de
Instagram: gdp_Touristik



Foto: privat



MIT UNS GEMEINSAM ANS ZIEL (MUGAZ)

GdP beim Megamarsch in Bremen

Personell krankheits- und verletzungsbedingt leider stark dezimiert, begab sich am 27. April 2023 ein kleines Team der GdP Niedersachsen auf den „Megamarsch“ in Bremen. Innerhalb von zwölf Stunden galt es, bei sommerlichen Temperaturen insgesamt 50 Kilometer zurückzulegen. Am Start kam unser Bundesvorsitzender Jochen Ko-

pelke persönlich zum Anfeuern vorbei. Erschöpft, aber glücklich erreichten Sophie, Henri und Raphael nach knapp elf Stunden das Ziel.

Auch am 1. Juni 2024 wollen wir wieder in Bremen starten. Bei Interesse meldet euch gern per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de. ■

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Nicht angekündigte Artikel können nicht immer in der kommenden Ausgabe platziert werden.

Zuschriften für die übernächste Ausgabe 9/2023 können bis zum 25. Juli 2023 per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de übersandt werden. **Vielen Dank.**



Nachruf

**Die Gewerkschaft der
Polizei – Landesbezirk
Niedersachsen –
trauert um folgenden
verstorbenen Kollegen:**

Claußen, Wolfgang

22.05.1943

KG Oldenburg-Stadt/Ammerland

**Wir werden sein Andenken
in Ehren halten.**



Termine

JHV der KG Nienburg am 5. Juli 2023

Am 5. Juli 2023 um 17 Uhr findet unsere Jahreshauptversammlung im Restaurant am Bürgerpark, Hannoversche Straße 72 in 31582 Nienburg statt.

Themenschwerpunkte werden der Jahresrückblick, der Jahresausblick, die Personalratswahlen 2024, Berichte von der Kreis- und Bezirksgruppe, zukünftige Gespräche mit Politikern sowie Mitgliedererhrungen sein! Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

JHV der KG Stade am 24. August 2023

Die Kreisgruppe verbindet die Jahreshauptversammlung in diesem Jahr mit einem Sommerfest am Badesee. Unter dem Motto „Spiel, Spaß, Sonne“ sind alle Mitglieder eingeladen, eine schöne Zeit zu verbringen und die Zusammenarbeit zu feiern.

Die Jahreshauptversammlung findet statt am 24. August 2023 ab 16 Uhr in der Grillhütte am Badesee Fredenbeck, Dinghorner Str. 200, 21717 Fredenbeck. Das Sommerfest bietet eine gute Gelegenheit, den Nachmittag gemeinsam zu verbringen und sich in lockerer Runde auszutauschen, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu vertiefen. Außerdem stehen Sport- und Spielmöglichkeiten für Jung und Alt bereit.

Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Die Kreisgruppe bittet um Anmeldung unter: gdpstade@gmail.com. Wer eine Mitfahrgelegenheit ab/bis PDG PI Stade benötigt, bei Anmeldung angeben.

JHV der KG Goslar am 31. August 2023

Die Kreisgruppe Goslar lädt alle Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am 31. August 2023, 15.30 Uhr, in die Aula der Polizeiinspektion Goslar ein. Geplant ist, im Anschluss im gemütlichen Kreis ein Essen zu reichen.

Wir bitten um Anmeldung bei Meike Jürgens, Tel.-Nr. (0531) 4761081, oder Marion Ciesilski, Tel.-Nr. (05321) 339-185, bis zum 23. August 2023.